

Das Trauerspiel von Afghanistan

Das „Trauerspiel von Afghanistan“ heißt eine beeindruckende, zeitlose Ballade, die Theodor Fontane 1859 dichtete und die den ersten britisch-afghanischen Krieg behandelt. Dieser endete bekanntlich in einem Desaster für die Briten. Auch andere Imperien erlitten bittere Niederlagen in Afghanistan, diesem landschaftlich imposanten, über reichlich wichtige Bodenschätze verfügenden Land am Hindukusch. Aktuell erleben wir ein weiteres Trauerspiel, das im Wesentlichen durch eine strategielose internationale Politik und in deren Gefolge durch den unkoordinierten Abzug der westlichen Truppen entstanden ist. Selbst die Taliban scheinen durch ihren eigenen, schnellen Sieg übermannt. Mitverantwortung tragen auch die handelnden Deutschen in Regierung und Parlament, die das Desaster bis in die aktuellen Auswüchse auf dem Kabuler Flughafen zugelassen haben. Es gibt Bilder, die sich ins kollektive Gedächtnis der Welt brennen: dazu werden die Bilder der Menschen gehören, die sich verzweifelt an die C-17-Militärflugzeuge klammern und wenig später aus hunderten Meter Höhe in den Tod stürzen. Diese Bilder gleichen auf schreckliche Weise jenen, wo Verzweifelte aus Angst vor dem Feuer im World Trade Center in die Tiefe sprangen.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 begann mit der International Security Assistance Force (ISAF)-Operation in Afghanistan der truppenstärkste (in der Hochphase landesweiter Terrorbekämpfung 130.000 Soldaten, darunter 5.000 Deutsche), strukturell komplizierteste (85 partizipierende Nationen), teuerste (mehrere Billionen Dollar) und bei weitem opferreichste (über 3500 gefallene NATO-Soldaten, darunter 59 Bundeswehrangehörige, über 60.000 gefallene afghanische Sicherheitskräfte und nicht zuletzt auch horrende Verluste in der Zivilbevölkerung, darunter viele Frauen und Kinder) Kriseneinsatz der NATO mit deutscher Beteiligung. Der Einsatz war legitimiert durch den UN-Sicherheitsrat und begleitet von der politischen UN-Mission UNAMA (United Nations Assistance Mission Afghanistan). Und natürlich war der Einsatz der deutschen Kräfte durch die Mandate des Bundestags abgeseget, das letzte Mandat endet im Januar 2022. Anfang 2015 startete die Nachfolgemitmission Resolute Support (RSM) mit dem ausdrücklichen „non-combat-Auftrag“ die Spitzenebene der afghanischen Streitkräfte (Ministerium, Korps, zentrale Ausbildungseinrichtungen) zu beraten und zu unterstützen.

Fast 20 Jahre lang hat der Westen unter US-Führung versucht, die Islamisten zu besiegen, funktionierende staatliche Strukturen zu errichten und die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung in dem durch 23 Kriegs- und Terrorjahre zerschundenen, strategisch wichtigen Land zu fördern.

Am 29. Februar 2020 vereinbarte die Trump-Administration im Alleingang vertraglich mit den Taliban den Abzug aller internationaler Streitkräfte bis zum 30. April 2021. Es lag auf der Hand, dass es auch unter dem neuen US-Präsidenten Joe Biden zu einem Abzug in absehbarer Zeit kommen und dass es keine Kehrtwende zurück zu einem neuerlichen Kräfteaufwuchs und Kampfeinsatz geben würde. US-Spitzengenerale bewerteten die Durchhaltefähigkeit von auf sich gestellten afghanischen Sicherheitskräften sehr kritisch und rieten zu einer Reststreitmacht von wenigen tausend Soldaten und der Definition von Abzugsbedingungen. Präsident Biden entschied sich gegen

diesen militärischen Ratschlag und für einen bedingungslosen, raschen Abzug. Diese Entscheidung kann in Bezug auf die Interessen der USA als konsequent bewertet werden, sie berücksichtigte aber nicht die möglichen politischen und sozialen Folgen, mit denen wir nun alle konfrontiert sind. Denn die Taliban erhielten enormen Auftrieb, der Staat und seine Sicherheitsorgane sowie Reformkräfte jedoch wurden erheblich unterminiert und geschwächt. Am 09. Juni sagte Außenminister Maas im Bundestag, eine schnelle Eroberung Kabuls gehöre „nicht zur Grundlage meiner Annahmen“. Ende Juni kehrten die letzten Bundeswehrsoldaten ohne Öffentlichkeit und ohne Empfang durch Regierung und Parlament aus dem Afghanistaneinsatz zurück, einem Kriegseinsatz, der jahrelang in Deutschland so nicht benannt werden durfte und der jeden Einsatzsoldaten nachhaltig beschäftigt hat, ganz gleich welche Aufgaben individuell zu erfüllen waren. In nur zwei Monaten überrollen die Taliban das Land, am 12. August fällt Herat, die erste Metropole. Am 15. August ist Kabul in der Hand der Taliban.

Damit ist ein Mehrfach-Desaster eingetreten: für die leidgeprüften Menschen in Afghanistan, für die regionale und internationale Sicherheitsarchitektur, für die UN, die NATO und natürlich auch die Bundesrepublik Deutschland. Letztlich ist es ein Totalschaden für die Strahlkraft, Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit westlicher und damit auch deutscher Sicherheitspolitik und ein Propagandaerfolg sondergleichen für weltweite dschihadistische Bewegung im Allgemeinen und für die Taliban im Besonderen. Die triumphalen Gesten der bärtigen, Sandalen und Handwaffen (nunmehr automatische US-Waffen statt rustikaler Kalaschnikows) tragenden Sieger in den Straßen Kabuls und im Dienstzimmer des ehemaligen Präsidenten Dr. Ghani werden auch im Gedächtnis der Welt bleiben. Somit fragen sich nicht nur Afghanistan-Veteranen und die Familien der Gefallenen und Verwundeten: war alles umsonst?

Die oben dargelegten wesentlichen Ziele des Afghanistan-Einsatzes waren sicherheitspolitisch gerechtfertigt. Sie wurden aber nicht in eine international abgestimmte, politische Strategie gegossen, aus der dann auch die militärischen und zivilen Kräfte und Mittel hätten abgeleitet und bereitgestellt werden müssen. Ohne eine solche Strategie sollte ein Militäreinsatz nicht begonnen werden. Das weiß jeder, der bei klarem Verstand ist.

160.000 deutsche Soldaten, mehrere tausend Polizisten und viele hundert Entwicklungshelfer wurden von Bundesregierung und Bundestag sowie von Hilfsorganisationen unterschiedlichster Provenienz nach Afghanistan entsandt. Sie und ihre Familien mussten erhebliche Belastungen ertragen und ernsthafte Risiken in Kauf nehmen. Neben einem erstklassigen Verdienst mussten auch ca. 10.000 Ortskräfte, die für das Militär und die zivilen Organisationen gearbeitet haben, tödliche Risiken in Kauf nehmen. Zu den 59 Gefallenen der Bundeswehr ist eine vierstellige Anzahl von physisch und psychisch Verwundeten hinzuzurechnen. Alle, die in Afghanistan Dienst geleistet haben, taten dies mit höchstem Einsatz, großer fachlicher und interkultureller Kompetenz sowie einem außerordentlichen Durchstehvermögen. Viele haben ihre persönliche Tapferkeit gezeigt und wurden ausgezeichnet. Aufgrund des planlosen, kurzsichtigen ebenso moralisierenden wie besserwisserischen und zugleich völlig realitätsfernen Agierens der aktuell politisch Verantwortlichen müssen Soldaten erneut Leib und Leben riskieren, um deutsche Staatsbürger und afghanische Ortskräfte aus Kabul zu evakuieren. „Unsere Bundeswehr leistet zurzeit fast Übermenschliches,“ so Unionsfraktionsvize Johann Wadephul am 23.08.2021.

Die am Einsatz in Afghanistan beteiligten militärischen und zivilen Kräfte trugen in den 20 zurückliegenden Jahren zu manch spürbarer Verbesserung im täglichen Leben der Bevölkerung bei. Es wurde Infrastruktur errichtet, eine ganze Generation junger Afghanen konnte Schulen und Universitäten besuchen, sie beherrschen ihre Smartphones und surfen im Netz. Und diese Generation hat auch Freiheitsrechte kennengelernt. Die Einsatzkräfte haben sich somit um die Menschen in dem vom Krieg geschundenen Land ganz sicherlich verdient gemacht. Ihr Dienst gerierte Hoffnung und machte politisch, militärisch und nicht zuletzt menschlich Sinn. Dafür haben sie von deutschen Politikern und dem deutschen Volk Aufmerksamkeit, Respekt, Dank und vor allem die Ausrüstung verdient, die sie zur Auftragserfüllung jetzt und zukünftig benötigen.

Trotz feststellbarer Fortschritte im Gesundheits- und Bildungswesen, in der Presse- und Medienfreiheit und einer vitaleren Zivilgesellschaft, ist die Gesamtbilanz nach fast 20 Jahren internationalen Einsatzes auf strategischer Ebene desaströs: Die strategischen Ziele der nachhaltigen Terrorbekämpfung und des Aufbaus verlässlicher Staatsstrukturen wurden definitiv nicht erreicht.

Neben der absolut destruktiven Allianz von Bad Governance, egozentrischen und teilweise hoch kriminellen Machthabern, unüberwindbaren ethnischen Beziehungsgeflechten, skrupelloser Talibanbewegung und ihrer ausländischen Helfershelfer (z.B. Pakistan) haben schwerwiegendste Fehler der am Afghanistaneinsatz beteiligten Staaten, namentlich auch der verschiedenen Bundesregierungen sowie der afghanischen Regierungen zur aktuellen, fatalen Lage maßgeblich beigetragen:

- Fehlen einer tragfähigen, international abgestimmten, politischen Afghanistan-Strategie.
- Einbindung von mehr als 50 nicht gewählten, schwer kriminellen Warlords und Milizführern in die große Ratsversammlung (Loya Jirga, Juni 2002) durch die USA, die das Land im Bürgerkrieg ruiniert und sich schwerster Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht hatten (z.B. Mohammed Farim oder Raschid Dostum) und den Staatsaufbau. Sie gingen als Erstes daran, sich an ihren ehemaligen Feinden zu rächen und die neue Regierung als Beutegut zu plündern. Das hat in erster Linie untergraben, was aus einer entstehenden Demokratie in Afghanistan hätte werden können. Sie waren von Anfang an ein zersetzendes Element im neuen Afghanistan und in Verbindung mit der fehlenden Gesamtstrategie die beiden Kardinalfehler beim Afghanistan Engagement des Westens.
- Überkomplexität des internationalen Einsatzes mit 85 Staaten, 15 großen internationalen Organisationen und 3 parallellaufenden Militäroperationen
- Strategische Divergenz im Bündnis (z.B. Primat des Antiterrorkampfes versus Unterstützung des State Building).
- Fehler beim Aufbau, der Ausbildung und Ausrüstung der afghanischen Sicherheitskräfte.
- Mangelnde Landes- und Geschichtskennntnis sowie mangelndes Konfliktverständnis bei maßgeblichen nationalen und internationalen Akteuren.
- Leitmotive Bündnissolidarität und innenpolitische Opportunität statt Wirkungsorientierung und -kontrolle.
- Mangelnde Realitätsnähe (Machbarkeits-, Aufbau- und Abzugsillusionen), Irrtümer (z.B. mit genügend Geld und Training lässt sich eine Nation schaffen und

ein Staat beschützen), Schönrednerei (z.B. man muss nur noch ein wenig länger bleiben, um die Lage zu drehen) und Selbstbetrug (z.B. Glaube der afghanischen Regierung, die USA würden nicht abziehen).

- Mandats- und Kontingentdenken statt militärischem und politischem Sachverstand.
- ROEs, die die militärische Wirksamkeit gegen die Taliban teilweise maßgeblich behinderten.
- Militärlastigkeit, begünstigt durch mangelndes ziviles Engagement.
- Unkontrollierte Milliardenzahlungen für Infrastrukturprojekte und den Aufbau bzw. den Unterhalt der Sicherheitskräfte durch westliche Staaten verdampften in den weit verbreiteten Netzwerken der Korruption und schädeten dem Aufbau von God Governance massiv.
- Dass die Ortskräfte nicht rechtzeitig (also 4 bis 8 Wochen vor dem eigentlichen Truppenabzug) geordnet, sicher und international koordiniert evakuiert wurden, kann nur als Totalversagen der Bundesregierung bewertet werden.

Die afghanischen Sicherheitskräfte und hier besonders die ANA, haben sich den Taliban nicht ernsthaft in den Weg gestellt. Das hat mancherorts überrascht. War das wirklich eine Überraschung? Und haben sie wirklich nicht gekämpft? Eine komplette Lageanalyse ist an dieser Stelle nicht möglich, festzuhalten ist aber zunächst, dass die afghanische Armee jahrelang gegen die Taliban mit Unterstützung der NATO-Truppen gekämpft und dabei einen hohen Blutzoll (vgl. oben) gezahlt hat. Die Streitkräfte wurden auf der Grundlage westlicher Konzepte ausgebildet, die nicht ausreichend an die afghanischen Verhältnisse und Strukturen angepasst waren. Ausbildung und Bewaffnung sind zwar notwendige aber keineswegs hinreichende Bedingungen zur Schaffung einer einsatzbereiten Armee. Die Streitkräfte müssen ein Umfeld haben, für das es sich lohnt, tapfer zu kämpfen und sein Leben einzusetzen. Und natürlich müssen die Soldaten Vertrauen in ihre Vorgesetzten, ihre Regierung und die eigenen Verbündeten haben. Zu einem einsatzbereiten Soldaten gehören selbstverständlich auch der Rückhalt in der Bevölkerung, angemessener Lohn, Verpflegung und Versorgung. Diese Mindestbedingungen für eine einsatzbereite Streitmacht waren nicht ausreichend vorhanden. Dafür gab es eindeutige Hinweise, nicht zuletzt die permanente, hohe Desertionsrate über Jahre hinweg. Im Gegensatz dazu waren die Taliban gut vorbereitet, haben langfristig Kontakte in die 34 Provinzen geknüpft und dort auch ihre Kämpfer platziert sowie Verhandlungen geführt. Vor allem der bedingungslose Abzug der Amerikaner und der Deutschen als den Haupttruppenstellern über Nacht und ohne Vorankündigung des Termins (selbst die Deutschen wussten nicht, wann die US-Streitkräfte die Green Zone in Kabul räumen würden), der von außen durchaus als Flucht interpretiert werden könnte, hat den afghanischen Streitkräften das Rückgrat gebrochen und damit einen ernsthaften Kampf gegen die Taliban unmöglich gemacht.

In der Folge haben sich die afghanischen Soldaten mehr oder weniger kampflos den Taliban ergeben, ihnen so den schnellen Vormarsch ermöglicht und zusätzlich moderne militärische Ausrüstung in großem Umfang überlassen.

Fassungslosigkeit und German Betroffenheit angesichts des neuerlichen Trauerspiels von Afghanistan hilft nicht wirklich weiter, zumal sich weitere Trauerspiele bereits

abzeichnen (z.B. Mali). Auch wenn noch nicht abzusehen ist, wie sich die Lage unter den Taliban in Afghanistan weiterentwickelt, ist festzuhalten:

- Die Taliban, so sie an der Macht bleiben (Volksaufstand?) und eine Zusammenarbeit aufgrund ihres Machtgebarens zulassen: zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung (Hungersnot) sollte die Bundesrepublik unter klar definierten Bedingungen und strenger Wirkungskontrolle ihre Entwicklungszusammenarbeit (Stabilisierungs- und Entwicklungsmaßnahmen) fortsetzen.
- Längst überfällig (und jahrelang verweigert), aber aufgrund der Lageentwicklung nunmehr zwingend erforderlich, ist eine ressortgemeinsame, systematische und unabhängige Wirkungsanalyse und Auswertung des deutschen Afghanistanengagements. Das Gleiche gilt prinzipiell für andere Auslandseinsätze, hier beispielsweise Mali, denn auch dort zeichnet sich ein Scheitern des militärischen und politischen Engagements der Bundesrepublik ab.
- Unabhängig davon sollte ein Untersuchungsausschuss das Versagen der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Truppenabzug und des Im-Stich-Lassens der afghanischen Ortskräfte untersuchen. Hier ist politische Verantwortung zuzuweisen, da die Verantwortlichen sie freiwillig nicht übernehmen. Auch in der Politik gilt der militärische Grundsatz: Verantwortung ist unteilbar.
- Die Bundesrepublik Deutschland sollte sich an keinen multinationalen Auslandseinsätzen mehr beteiligen, denen nicht eine international abgestimmte politische Strategie zugrunde liegt, die im Sinne eines Campaign Assessment permanent überprüft und erforderlichenfalls angepasst wird. Bei der Entwicklung solcher Strategien muss die Bundesrepublik klar auch ihre eigenen Interessen vorher definieren. Der Einsatz militärischer Kräfte darf nicht an innenpolitischem Opportunitäts-, Wunsch-, und Kontingentdenken, einsatzfernen Mandatsobergrenzen und Einsatzregeln sowie angeblich aus der deutschen Geschichte resultierenden Restriktionen abgeleitet werden.